STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2631/2022

6. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Kultur- und Werkausschusses

Betreff/Sach-antragsnr.	Umgang mit Objekten aus dem städtischen Kunstdepot; Beschluss			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:	1-321	Erstelldatum	26.01.2022	
Verfasser	Kink, Barbara, Dr.	Zuständiges Amt	Amt 1	
Sachgebiet	15 Bibliothek, Museum, Archiv	Abzeichnung OB:		
		Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		
Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Kultur- und Werkausschuss	Entscheidung	09.03.2022	Ö

Beschlussvorschlag:

Der Kultur- und Werkausschuss beschließt, für wenige Ausnahmen eine kostenfreie verwaltungsseitige Freigabe einzelner Kunstwerke zuzulassen. Diese Einzelfälle sind im Nachgang dem KWA bekannt zu geben.

Referent/in	Klemenz, Dr. / CS		Ja/Nein/Kenntnis	Ja
Referent/in	Jäger / SPD		Ja/Nein/Kenntnis	Ja
Referent/in		Weinberg / BBV	Ja/Nein/Kenntnis	Ja
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen				
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				€
Folgekosten				€

Sachvortrag:

Das städtische Depot im Rathaus umfasst ca. 400 Objekte, die derzeit sehr beengt im Rathaus eingelagert sind. Ein Umzug in die Räume des Stadtarchivs Fürstenfeldbruck ist für Frühjahr 2022 geplant.

In der Vergangenheit gab es Nachfragen, ob die Stadt berechtigt ist, Objekte aus dem städtischen Kunstdepot beispielsweise für pensionierte/verrentete Mitarbeiter*innen als Geschenk herauszugeben.

Laut Art. 75 III GO ist es Kommunen nicht erlaubt, Vermögensgegenstände zu verschenken. Eine Einschränkung erfolgt jedoch in der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 15.5.1992, Az. IB3-3036-29/5. Hier wird die Veräußerung oder Schenkung kommunaler Vermögensgegenstände mit Einschränkungen ermöglicht:

Vor Herausgabe (durch Schenkung oder auch Veräußerung) muss eine objektiv nachprüfbare Prüfung stehen. Diese Prüfung von kommunalen Vermögensgegenständen muss (lt. 1.1.2.3.) durch eine schriftlich zu begründende Schätzung vorgenommen werden. In der Bekanntmachung wird geregelt, dass „Veräußerungen unter Wert“ zulässig sind, „wenn sie der Erfüllung kommunaler Aufgaben dienen“. Weiterhin wird für Veräußerungen oder Veränderungen von Sachen mit besonderem wissenschaftlichem, geschichtlichem oder künstlerischem Wert empfohlen, sich vom Landesamt für Denkmalpflege beraten zu lassen.

Der städtische Kunstbesitz wird vom Museum betreut. Von Museumsseite ist es durchaus denkbar, das städtische Depot durch Abgabe von weniger wichtigen Objekten – also „finanziell geringwertigeren Kunstwerken“ – zu entlasten. Um dies zu gewährleisten, müsste das Depot in Bezug auf „möglicherweise abzugebende Objekte“ erstmal in verschiedene Kategorien unterteilt werden:

- Werke von künstlerisch oder historisch hohem Wert, unersetzbar
- Werke von künstlerisch oder historisch geringerem Wert